



Hauptausschuss

15. Sitzung (öffentlich)

27. September 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 bis 13.50 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1400

1

Der Ausschuss behandelt in einer ersten Beratungsrunde die ihn tangierenden Einzelpläne 01 - Landtag - und 02 - Ministerpräsident - sowie das Kapitel 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1520

17

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die Entscheidung über den Gesetzentwurf zu vertagen.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahl zum Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen (Landeswahlgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/615
Vorlage 13/692

18

Nach einer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, die Obleute zu bitten, am Rande des nächsten Plenums das weitere Vorgehen zu vereinbaren.

4 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/462

In Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/457

Und:

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/187

Vorlagen 13/201, 13/215, 13/660, 13/707, 13/795
Zuschriften 13/380, 13/386, 13/387, 13/389, 13/392, 13/393, 13/403,
13/420, 13/421

23

Der Ausschuss bittet die Obleute, sich in ihrem Gespräch am Rande des nächsten Plenums nach Möglichkeit auf einen gemeinsamen verfassungsändernden Gesetzentwurf zu verständigen.

5 Verfassungsschutzbericht (Zwischenbericht) des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2001

Vorlage 13/900

25

Einem Bericht des Innenministers schließt sich eine Ausschlussdiskussion an.

6 Verwaltungsvereinbarung über die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 13/1217

-

Der Ausschuss stimmt dem Staatsvertrag einstimmig zu.
(Kein Diskussionsprotokoll)

**7 Center for International Cooperation
Ausbau der Bundesstadt Bonn zu einem Zentrum für Internationale Zusammenarbeit**

Vorlage 13/723

-

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

(Kein Diskussionsprotokoll)

8 Qualitativer Sprung in der Frauenpolitik - Gender Mainstreaming gezielt und konsequent umsetzen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/713
Vorlage 13/652

-

Direktor beim Landtag Peter Jeromin gibt sein Redemanuskript dazu zu Protokoll (siehe Vorlage 13/988).

(Kein Diskussionsprotokoll)

9 Terminplanung

-

Der Ausschuss nimmt den der Einladung zur heutigen Sitzung - E 13/494 - beigefügten Terminplan für das Jahr 2002 mit folgenden Änderungen zur Kenntnis:

1. Die für den 7. März geplante Sitzung wird auf den 14. März verschoben.
2. Die für den 28. November geplante Sitzung wird auf den 27. November vorverlegt.

(Kein Diskussionsprotokoll)

10 Verschiedenes

31

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Vorsitzender Edgar Moron darauf hin, dass die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 18. September darum gebeten habe, "aufgrund der Terroranschläge in den USA und der dadurch auch in Deutschland veränderten innenpolitischen Lage" in der heutigen Sitzung den Verfassungsschutzbericht (Zwischenbericht) des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2001 zu behandeln. Dies werde unter Tagesordnungspunkt 5 geschehen.

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1400

Einzelplan 01 - Landtag

Direktor beim Landtag Peter Jeromin trägt einführend vor, der vom Präsidium beschlossene Haushaltsplanentwurf des Landtags schließe mit Gesamteinnahmen in Höhe von 1,6 Millionen Euro und Gesamtausgaben in Höhe von rund 90 Millionen Euro ab. Im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr sei dies nahezu eine Überrollung.

Bei allen Personaltiteln, also sowohl bei den Titeln für Abgeordnete als auch bei den Titeln für die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, habe man mit einer 2%igen Erhöhung Vorsorge für mögliche Steigerungen getroffen. Der Entwurf enthalte wenige Stellenhebungen, die allerdings strikt kostenneutral erfolgten, da eine Stelle abgesenkt und eine halbe Stelle gesperrt würden.

Im Sachhaushalt ergebe sich Mehrbedarf im Wesentlichen in drei Bereichen: bei der Bewirtschaftung der Gebäude, bei der Bauunterhaltung und bei den Ausgaben für die Datenverarbeitung. Bei zwei dieser Titel, nämlich bei der Bauunterhaltung und der Datenverarbeitung, gebe es Differenzen mit der Landesregierung. Man habe hier nicht die Ansätze durchsetzen können, die erforderlich seien.

Bei der Gebäudebewirtschaftung sei der Mehrbedarf auf Preissteigerungen im Energiebereich, aber auch auf Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den ab Oktober vier verschiedenen Dienststellen der Landtagsverwaltung stünden, zurückzuführen.

Hinsichtlich der Bauunterhaltung seien zwischen Landtag und Landesregierung 500.000 Euro streitig, hinsichtlich der Datenverarbeitung rund 700.000 Euro.

Die Datenverarbeitung müsse weiter fortentwickelt werden; dabei wolle man vermehrt auf externe Dienstleistungen zurückgreifen, da sich die Alternative, mehr Personal einzustellen, verbiete. Der dargestellte Ansatz von 1,6 Millionen Euro sei erforderlich, um den Landtag DV-technisch auf das Niveau zu bringen, das sich die Landesregierung für sich selbst und ihre Behörden schaffe.

Eine dritte Alternativvorlage bestehe hinsichtlich der kommunalpolitischen Bildungsmittel; hier gebe es eine Differenz von 433.000 Euro.

Er bitte den Hauptausschuss, sein Hauptaugenmerk auf die drei genannten Bereiche, in denen Alternativvorlagen existierten, zu richten und für eine Korrektur zu sorgen.

Werner Jostmeier (CDU) bittet um Auskunft, wie sich der Präsident und der Hauptausschuss vorstelle, die vom Landtagsdirektor erläuterten Differenzen zwischen Präsident und Finanzminister beizulegen. Seines Wissens sei es das erste Mal, dass es entsprechende Differenzen und in deren Folge Alternativvorlagen gebe.

Dass im Haushaltsaufstellungsverfahren Differenzen aufträten, komme des Öfteren vor, antwortet **Direktor beim Landtag Peter Jeromin**. Allerdings sei es das erste Mal, dass man in drei Bereichen auseinander liege. Bei den kommunalpolitischen Bildungsmitteln seien in der Vergangenheit im Aufstellungsverfahren fast immer Schwierigkeiten aufgetreten, die dann aber seitens der Landesregierung bereinigt worden seien; das sei diesmal nicht der Fall. Für den Baubereich habe es im letzten Jahr auch schon eine Alternativvorlage gegeben.

Vorsitzender Edgar Moron fügt an, die Fraktionen seien nunmehr aufgerufen, sich zu den Alternativvorlagen eine Meinung zu bilden und deutlich zu machen, ob sie sich dem Vorschlag des Finanzministers oder den Vorstellungen des Landtagspräsidenten anschließen.

Werner Jostmeier (CDU) interessiert vor dem Hintergrund der Alternativvorlage für den **Titel 519 02 - Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen** - der aktuelle Stand des Gesamtkonzepts für die Villa Horion.

Direktor beim Landtag Peter Jeromin erläutert, die Arbeiten an der Villa Horion verliefen planmäßig. Gestern habe das Abschlussfest der Bauhandwerker stattgefunden. Im Oktober werde die Villa bezugsfertig sein. Für das nächste Jahr seien noch kleinere Restarbeiten vorgesehen, die allerdings nicht die Differenz bei diesem Titel ausmachten. Dabei gehe es mehr um Projekte innerhalb des Landtagsgebäudes.

Vorsitzender Edgar Moron möchte in Erfahrung bringen, ob von einer Verringerung des Ansatzes des zur Diskussion stehenden Titels, wie vom Finanzminister begehrt, beispielsweise der weitere Einbau von Klimaanlage in der sechsten Etage betroffen wäre.

Direktor beim Landtag Peter Jeromin bestätigt dies und ergänzt, betroffen wären davon überdies der geplante Einbau moderner Kommunikationstechnik in den beiden großen Fraktionssälen und der weitere behindertengerechte Ausbau des Landtagsgebäudes.

Dorothee Danner (SPD) vertritt die Auffassung, dass bei Bestätigung der vom Landtagspräsidenten erbetenen Ansätze Deckungsvorschläge gemacht werden müssten. Schon seit längerem werde über Einsparungen beim Pressespiegel des Landtags diskutiert. Über das Intranet und das Internet könne man jederzeit auf Pressedienste zurückgreifen. Deshalb stelle sich die Frage, ob die gedruckte Ausgabe des Pressespiegels des Landtags weiterhin in vollem Umfang benötigt werde. Darüber hinaus sollten durchaus auch in weiteren Bereichen, die die Abgeordneten betreffen, kleinere Einsparungen vorgenommen werden.

Die Abgeordnete fragt, ob Konsens herbeigeführt werden könnte, den Ansatz des **Titels 534 10 - Hilfen zum Aufbau junger Demokratien - geringfügig aufzustocken**, da sie den Eindruck habe, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichten.

Direktor beim Landtag Peter Jeromin stellt fest, der Ansatz sei bisher auskömmlich gewesen, da die Praktikanten im Gästehaus an der Wasserstraße hätten untergebracht werden können. Allerdings könnte man mehr tun, wenn der Ansatz in bescheidenem Maße ausgeweitet würde.

Werner Jostmeier (CDU) zeigt Sympathie für den Vorschlag von Frau Danner und bittet auch Praktikanten in die Überlegungen einzubeziehen, die aus Ländern stammten, die der EU beitreten wollten.

Im Gegenzug bitte er darüber nachzudenken, ob nicht auch eine geringfügige Ansatzserhöhung im **Einzelplan 02 bei Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten - Titel 534 10 - Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes - sinnvoll** sei. Er gebe zu bedenken, wie viele gute Projekte das Land früher in den baltischen Staaten, in Ungarn und Südafrika mit wenig Geld, aber sehr wirkungsvoll unterstützt habe; die entsprechenden Mittel würden aber seit Jahren drastisch zurückgefahren.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Zur Einführung trägt **Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Adamowitsch** vor:

Der Entwurf des Einzelplans 02 sieht für das Haushaltsjahr 2002 Ausgaben von rund 155 Millionen Euro vor. Das sind etwa 19 Millionen Euro oder 11 % weniger als im laufenden Haushalt.

Zur Erläuterung möchte ich mich auf einige Schwerpunkte und die zusammengefasste Darstellung von wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr konzentrieren.

Die Staatskanzlei beteiligt sich wie fünf weitere Ministerien seit Anfang dieses Jahres am Pilotversuch "Budgetierung der Personalausgaben". Bei der erstmaligen Budgetaufstellung 2001 wurde bereits eine Effizienzrendite von 1 % erzielt. Das bedeutet, dass - sieht man von den strukturellen Mehrausgaben neues Personal, Beförderungen, Besoldungserhöhungen ab - die am Pilotversuch beteiligten Häuser von ihren Mitteln für Personal 1 % abgezogen bekommen haben. Diese 1%ige Effizienzdividende ist erneut in unserem Personalkostenbudget für 2002 berücksichtigt. Entsprechend steigen die Personalausgaben des Einzelplans 02 bei reduziertem Personaltableau auch nur maßvoll um 0,8 Millionen Euro.

Der Stellenbestand des Einzelplans geht im Saldo um drei Stellen zurück. Dabei ist der Abbau der letzten drei vom Kabinett infolge der Organisationsuntersuchung beschlossenen kw-Vermerke berücksichtigt. Ich kann deshalb festhalten, dass die Staatskanzlei den Abbau der kw-Vermerke fristgerecht und teilweise vorzeitig realisiert hat.

Neue Stellen sind ausgebracht für den Staatssekretär der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und drei Stellen für Servicekräfte in der neuen Landesvertretung in Berlin, die im nächsten Jahr ihren Betrieb aufnehmen wird. Weiterhin sind fünf zusätzliche Ausbildungsplätze vorgesehen. Damit stehen im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten im kommenden Jahr insgesamt elf Stellen für Auszubildende zur Verfügung.

Aus der Sicht der Staatskanzlei hat sich die Personalausgabenbudgetierung schon heute bewährt. Wir nutzen die Vorteile der Flexibilisierung in der Personalbewirtschaftung und werden den Budgetrahmen sicher einhalten können. Die Budgetierung fügt sich zudem hervorragend in den gezielten Modernisierungsprozess ein, den wir in der Behörde des Ministerpräsidenten zu Beginn dieses Jahres eingeleitet und auf die Dauer von vier Jahren ausgerichtet haben.

Schwerpunkt der Modernisierung der Staatskanzlei ist neben einer neuen im Juli dieses Jahres realisierten Aufbaustruktur die Etablierung einer gezielten Personalentwicklung. Konzeptionell verbunden sind dabei Elemente wie das Leitbild, die Vereinbarung von Grundsätzen zur Zusammenarbeit und Führung, das Erstellen von Anforderungsprofilen der Potenzialanalyse für Führungskräfte und Führungskräftenachwuchs, die verbindliche Einführung eines jährlichen Mitarbeitergesprächs mit Zielvereinbarungen, verbesserte Personalauswahlverfahren sowie letztendlich die Etablierung einer systematischen Personalentwicklung.

Hinweisen will ich auf die Verschlankung der Organisationsstruktur. Wir haben die Zahl der Referate von 47 auf 28 reduziert - ohne Berücksichtigung des Bereichs MTK und der Landes-

vertretungen, bei denen der Organisationsentwicklungsprozess erst Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird. Die Abteilung II - Ressortkoordination -, die bisher spiegelbildlich an den Ressorts ausgerichtet war, ist nun nach Themenschwerpunkten organisiert.

Zum Thema Verschlankung erlauben Sie mir noch eine grundsätzliche Anmerkung zum Stellenbestand des Einzelplans. Sie finden für den Einzelplan 02 633 Stellen ausgewiesen. Dabei reden wir über die Zahl der Stellen im gesamten Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten, also einschließlich der Stellen der Landesvertretung in Berlin, des Verbindungsbüros Brüssel, der Institute des Wissenschaftszentrums und nicht zuletzt der 139 Stellen für landesplanerische Aufgaben bei den Bezirksregierungen. Im eigentlichen Ministerialkapitel hat die Staatskanzlei 383 Stellen und Planstellen. Ich bitte aber auch hier zu berücksichtigen, dass die Staatskanzlei ein Dienstleistungsbetrieb für die Landesregierung insgesamt darstellt. 116 Stellen sind allein gebunden für Servicefunktionen im Fahrdienst, der Postsammelstelle sowie im Landespresseamt z. B. für das Erstellen der Presseschau, die mit einem großen Personalaufwand verbunden ist. 74 Stellen werden zudem durch die Wahrnehmung von Ressortzuständigkeiten gebunden: Landesplanung, Medien, Europa bis hin zu den Aufgaben des Kirchenreferats. Erwähnen will ich an dieser Stelle, dass das Ordensreferat eines der größten Referate in der Staatskanzlei ist, was mit der Größe des Landes zusammenhängt. Wir haben im letzten Jahr 1.250 Ordensvorgänge in der Staatskanzlei bearbeiten müssen. Hinzu kommen die Landesorden und Staatspreise. Das alles bedingt einen Aufgabenbestand, der auf der Verwaltungsseite nicht gering geachtet werden darf.

Für die klassischen Aufgaben der Staatskanzlei - Landespolitik, Ressortkoordination und Regierungsplanung - stehen 63 Stellen des höheren und gehobenen Dienstes zur Verfügung.

In einer schwierigen Haushaltslage hat auch der Einzelplan 02 seinen Beitrag zur Konsolidierung zu erbringen, so mit 2,3 Millionen Euro bei den Kapiteln 02 200 - Medien und Telekommunikation - und 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten. Der Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten stehen deshalb 1,27 Millionen Euro weniger als im Vorjahr zur Verfügung.

Da die Europapolitik ein Schwerpunkt im Bereich der Landesregierung ist und das Land Nordrhein-Westfalen ab 1. Juli 2002 den Vorsitz in der Europaministerkonferenz übernimmt, sind die Reduzierungen ausschließlich bei den Titeln für internationale Angelegenheiten vorgenommen worden. Die Kürzungen erscheinen insgesamt vertretbar, da die in den vergangenen Jahren während des Transformationsprozesses nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes in Mittel- und Osteuropa durchgeführten humanitären Projekte und Ausbildungseinrichtungen, die starken Mitteleinsatz gefordert haben, nunmehr auslaufen können. Die Nachfolgeprojekte werden vor allem dem Know-how-Transfer und der Qualifizierung dienen und weniger finanzielle Mittel in Anspruch nehmen. Zudem hat der Ministerpräsident in der Regierungserklärung eine Akzentverschiebung im Bereich der europäischen Politik vorgenommen. Die Koordination mit Ländern wie Schweden und Finnland erhält größeres Gewicht. Hierbei wird die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet im Vordergrund stehen. Es liegt auf der Hand, dass solche Aktivitäten vergleichsweise weniger kostenintensiv sind als die Projektförderung, wie ich sie vorhin geschildert habe. Letztlich ist gewährleistet, dass wir trotz der vorgesehenen Kürzungen in der Lage bleiben,

auch künftig humanitären Projekten Unterstützung zu gewähren. Deshalb ist dieser Konsolidierungsbeitrag schmerzlich, aber notwendig und vertretbar.

Eine weitere Anmerkung: Alle Einzelpläne erbringen darüber hinaus einen Beitrag zur Finanzierung des Programms "Verlässliche Schule". Dafür ist eine globale Minderausgabe im Einzelplan 02 von 0,4 Millionen Euro vorgesehen, die bei den sächlichen Verwaltungsausgaben zu erwirtschaften sein wird.

Weitere wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich insbesondere im Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen -, u. a. bei den Zuschüssen an die Stiftung "Kunst und Kultur" und an die Sportstiftung, weil die Erträge aus der Oddset-Wette voraussichtlich erheblich geringer ausfallen werden als bisher, und wegen der Fertigstellung der Baumaßnahmen bei der Akademie der Wissenschaften. Im Einzelplan ergibt das ein Minus von 1,2 Millionen Euro.

Eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben entsteht durch die einmalige Veranschlagung von 1,1 Millionen Euro für die Einrichtung der neuen Landesvertretung in Berlin. Hier ist im diesjährigen Haushalt bereits eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung vorgesehen. Parallel dazu ist für den Neubau der Landesvertretung nur noch die Schlussbaurate veranschlagt. Gegenüber 2001 führt dies zu einer Minderausgabe von 15,3 Millionen Euro. Das ist aber nur Haushaltstechnik. Tatsächlich musste der Bautitel für die Landesvertretung um 1,8 Millionen Euro verstärkt werden, um eingetretene Kostensteigerungen insbesondere bei der Außenfassade und den Glasdächern aufzufangen. Wie mir der zuständige Bauminister berichtet hat, haben innovative Ansätze und die Komplexität des Gebäudes dazu geführt, dass sich bei der Ausschreibung nur wenige geeignete Firmen für den Auftrag beworben haben. Gleichzeitig hat die geringe Bautätigkeit in den letzten Jahren in Teilbereichen wie z. B. im Bereich Fassadenbau zu einer Marktberreinigung geführt, sodass die nur wenigen verbliebenen Firmen ganz erheblich auf das Ansteigen der Preise Einfluss gehabt haben. Bei der Glasproduktion hat es bei den europäischen Herstellern eine künstliche Verknappung durch Drosselung der Produktion gegeben. Das hat dann in diesem Bereich zu einer Kostensteigerung bis zu 60 % geführt. Aufgrund der Komplexität der Glasarbeiten waren nur wenige Anbieter in der Lage, Angebote abzugeben, was zu entsprechenden Preissteigerungen geführt hat. Auch die Kosten für Stahl, Aluminium und Glas sind angestiegen und haben die Baukosten ausgeweitet.

Die ursprünglich etatisierten Kosten in Höhe von 25,3 Millionen Euro werden aufgrund des zuvor geschilderten Sachverhalts um etwa 1,8 Millionen Euro überschritten, sodass der Haushaltsplanentwurf 2002 bei Kapitel 02 100 Titel 713 00 als neue Gesamtkosten 26,83 Millionen Euro - das entspricht etwa 53 Millionen DM - vorsieht.

Des Weiteren sind Veränderungen im Bereich umweltschonender, energiesparender und innovativer Maßnahmen für die Landesvertretung vorgesehen. Hier ergeben sich bei der Landesvertretung z. B. durch den Einbau einer Brennstoffzelle, einer Photovoltaikanlage und eines Erdkanals sowie die Verwendung von Holz und Stahl bei der Tragekonstruktion und den Decken Veränderungen zu der bisherigen Planung. Ich will in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass zum Ausgleich der erhöhten Aufwendungen für diese Maßnahmen und Bauelemente das Sonderprogramm zur Umsetzung der baupolitischen Ziele des Landes zur Verfügung steht. Zu diesem Zweck hat der Landtag erstmalig im Haushalt 2001 im Einzelplan

14 bei Titel 799 00 insgesamt 27,6 Millionen DM eingestellt. Sie können für alle Landesgebäude eingesetzt werden und passen nach ihrer Zweckbestimmung für das neue Schaufenster unseres Landes mit seinen zahlreichen innovativen Elementen besonders gut. Die Mehrkosten für eine Photovoltaikanlage, für einen Erdkanal und für ein besonderes Lüftungssystem mit Doppelfassade werden aus diesem Titel bezahlt. In diesem Zusammenhang will ich darauf hinweisen, dass uns das Unternehmen RWE im Laufe dieses Jahres das Angebot gemacht hat, eine Brennstoffzelle in die Landesvertretung einzubauen. Das ist mit Mehrkosten von rund 1,23 Millionen Euro verbunden, die zur Hälfte vom RWE und zur anderen Hälfte aus dem Einzelplan 14 finanziert werden. Zum ersten Mal wird bei einem Gebäude dieser Größe eine Brennstoffzelle Strom, Wärme und Kälte erzeugen. Wir wissen, dass das RWE im Bereich Brennstoffzellen besonders innovativ ist. Das wird sicherlich auch eine hervorragende Visitenkarte für das Land Nordrhein-Westfalen in Berlin werden.

Zum Schluss möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der an sich in die Zuständigkeit des Medienausschusses fällt, den ich aber wegen seiner generellen Bedeutung hier nicht unerwähnt lassen möchte. Das Land hat vor wenigen Wochen die NRW Medien GmbH gegründet. Die Medien GmbH übernimmt als zentrale Plattform der Landesregierung eine Vielzahl von Aktivitäten im Bereich der so genannten TIMES-Branchen - Telekommunikation, Informationstechnologie, Medien, Entertainment und IT-Sicherheit. Diese Aufgaben wurden bisher schwerpunktmäßig in der Staatskanzlei wahrgenommen. Die Verlagerung von Aufgaben auf die Medien GmbH hat Konsequenzen für die Struktur des Kapitels 02 200 und für die Ansätze der meisten Titel. In zwei neu eingerichteten Titeln - 546 00, Geschäftsbesorgung durch die NRW Medien GmbH, und 682 00, Zuschüsse für die NRW Medien GmbH - wurden Mittel für die Aufgaben, die künftig durch die NRW Medien GmbH wahrgenommen werden, aus anderen Ansätzen des Kapitels 02 200 zusammengefasst.

Die NRW Medien GmbH wird durch Verlagerungen und Kürzungen anderer Titel aus dem Einzelplan 02 finanziert. Der Gesamtansatz des Medienkapitels wurde bei dieser Operation lediglich überrollt. Zusätzlich und völlig unabhängig von der Gründung der NRW Medien GmbH hat die Staatskanzlei im Medien-Kapitel 02 200 einen Konsolidierungsbeitrag zum Gesamthaushalt durch Einsparungen von 1 Million Euro erbringen müssen. Über die Erwirtschaftung der noch ausstehenden kw-Vermerke hinaus sind als Synergieeffekte aus der Gründung der NRW Medien GmbH vier weitere Stellen im Einzelplan 02 abgesetzt.

Bevor ich zum Ende meiner Ausführungen komme, noch eine Anmerkung zum Stichwort Modernisierung. Sie erinnern sich, dass wir Anfang letzten Jahres zur Verbesserung unserer Servicequalität das Bürgercenter Call NRW eingerichtet haben. Dies war ein Novum und zweifellos ein Experiment, das sich mehr als bewährt hat. Stieg die Zahl der durchschnittlichen Telefonkontakte pro Monat schon im Jahr 2000 von zunächst 1.000 auf über 2.600, so liegen wir in diesem Jahr bei durchschnittlich 11.500 Telefonkontakten im Monatsdurchschnitt. Hinzu kommen im Monat rund 30.000 Internetkontakte. Die Zahl der Agents haben wir mittlerweile von vier auf acht erhöht, darunter drei Teilzeitkräfte. Die Erfolgsstory Call-Center spricht sich herum und findet seine Nachahmer in anderen Ländern. So ist z. B. ein Call-Center jetzt Gegenstand der Koalitionsvereinbarung in Rheinland-Pfalz.

Als der schreckliche Terrorangriff am 11. September in New York stattfand, haben wir über das Call-Center eine Hotline geschaltet. Nicht direkt über das Auswärtige Amt zu realisieren-

de Nachfragen konnten wir über das Call-Center abfedern. Über 400 besorgte Menschen haben sich gemeldet. Innerhalb von zwei Tagen haben wir die entsprechenden Antworten geben können. Bei einem normalen Verwaltungsverfahren wäre dies in dieser Kürze und Präzision nicht möglich gewesen.

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident

Gabriele Kordowski (CDU) wendet sich **Titel 541 30 - Veranstaltungen des Ministerpräsidenten** - zu und bittet um nähere Auskunft dazu; denn dieser Titel sei neu geschaffen worden.

CdS StS Adamowitsch betont, dass die hier eingesetzten Mittel durch Einsparungen bei den Titeln 531 10 und 541 10 gedeckt seien. Die seit einiger Zeit durchgeführten "Stadtort-Gespräche" - in der letzten Woche beispielsweise zur Frage der Beamtenversorgung - erfreuten sich großer Beliebtheit. Die Durchführung der Gespräche sei mit Kosten verbunden. Zum Teil würden Experten um Rat gebeten, und es erfolge eine Bewirtung in kleinem Rahmen. Der Titel sei aus Gründen der Haushaltsklarheit neu ausgewiesen worden.

Werner Jostmeier (CDU) erkundigt sich, aus welchem Titel die Mediennacht, die aus den bekannten Gründen nicht stattgefunden habe, finanziert worden wäre.

CdS StS Adamowitsch antwortet, diese Veranstaltung wäre aus dem Pressetitel und aus Sponsoring finanziert worden. Sie sei versichert gewesen, sodass durch den Ausfall kaum Kosten entstanden seien. Die Sponsorengelder seien zurückgezahlt worden.

Dorothee Danner (SPD) interessiert, wie viele Kräfte im Call-Center beschäftigt würden und ob nach Aufstockung des Titels um 140.000 Euro die anfallende Arbeit erledigt werden könne.

Leitender Ministerialrat Nebe (Staatskanzlei) erläutert, die vorgesehene Mehrausgabe diene der Finanzierung weiterer Agents. Bei "Agents" handele es sich um die im Call-Center Beschäftigten und über einen Dienstleistungsvertrag mit dem Unternehmen Service Site finanzierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Derzeit würden vier Vollzeit- und drei Teilzeitkräfte beschäftigt; im Jahre 2002 solle auf acht Vollzeitkräfte aufgestockt werden.

Mit der Verpflichtungsermächtigung werde Vorsorge getroffen, dass der Vertrag um drei weitere Jahre verlängert werden könne.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) bittet um einen umfassenderen Erfahrungsbericht über die Arbeit des Call-Centers außerhalb der Haushaltsberatungen. - **CdS StS Adamowitsch** sagt das zu.

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Dass man die Kürzung der Mittel an die Sportstiftung in der **Titelgruppe 60 - Sportstiftung Nordrhein-Westfalen** - nicht für gut halte und die Begründung dafür nicht ohne weiteres nachvollziehbar sei, brauche er nicht zu betonen, legt **Werner Jostmeier (CDU)** dar. Das sei aber ein mehr von den Sportpolitikern seiner Fraktion anzusprechender Punkt.

Kapitel 02 050 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) möchte wissen, aus welchen Gründen die Zuschüsse an die katholische und evangelische Kirche angehoben würden.

CdS StS Adamowitsch antwortet, Grund dafür sei eine Erhöhung der Personalkosten.

Dorothee Danner (SPD) interessiert, wofür die Mittel des **Titels 893 50 - Zuweisungen zur Förderung des Synagogenbaus** - vorgesehen seien.

Damit würden Planungen für Synagogenbauten in Gelsenkirchen und Neuss anfinanziert, stellt **CdS StS Adamowitsch** fest.

Kapitel 02 070 - Landesplanung

Dorothee Danner (SPD) erbittet Erläuterungen zu **Titel 541 30 - Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe**.

CdS StS Adamowitsch führt aus, die Landesregierung werde nach den Herbstferien den Landesplanungsbericht vorlegen, mit dem sie Diskussionsanstöße im Zusammenhang mit der notwendigen Novellierung des Landesplanungsrechts geben wolle. Im Vorfeld der Erarbeitung der entsprechenden Referenten- und Gesetzentwürfe würden Foren zu zentralen Themen veranstaltet. Die Ergebnisse dieser Foren dienen mit als Grundlage der anstehenden Gesetzgebungsarbeit.

Werner Jostmeier (CDU) fragt, ob mit dem Ansatz des **Titels 537 20** - Planungen zur Sozialverträglichkeit im Zusammenhang mit dem Braunkohletagebau - schon entsprechende Schäden ausgeglichen würden.

Mit der Etablierung des Umsiedlungsbeauftragten seien Personal- und vor allem sächliche Verwaltungskosten verbunden, die aus diesem Titel finanziert würden, erläutert **CdS StS Adamowitsch**. Der Umsiedlungsbeauftragte führe Veranstaltungen mit den Betroffenen durch und führe Einzelgespräche mit ihnen. Auch die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten würden aus diesem Titel bezahlt. Er wolle darauf hinweisen, dass zum Ausgleich für diesen neuen Titel der Titel 685 10 - Sonstige Zuschüsse im Bereich der Landesplanung für laufende Zwecke im Inland - mit einem Ansatz von 204.500 Euro gestrichen worden sei.

Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund

Abteilungsleiter Kindsmüller (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten) trägt vor, mit der Umsiedlung der Landesvertretung von Bonn nach Berlin müsse eine Neukonzeption entwickelt werden. Im Moment rechne man damit, dass der Umzug der Landesvertretung in das neue Gebäude im Juni nächsten Jahres abgeschlossen sein werde und dann die Arbeit im eigenen Hause beginne.

Das Kerngeschäft der Landesvertretung bestehe nach wie vor in der Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Bundes. Darüber hinaus müssten die Kontakte zu den Bundesministerien und zu den Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen gepflegt werden. Schließlich habe das Haus Dienstleistungszentrum für die Düsseldorfer Ministerien und aller anderen Einrichtungen des Landes zu sein.

Ein im Wesentlichen neuer Auftrag werde sein, als Standortagentur für das Land Nordrhein-Westfalen zu wirken. Das sei in Bonn nicht so notwendig gewesen, werde aber in Berlin dringend erforderlich sein. Es gehe darum, mit den Aktivitäten der Landesvertretung in Berlin über Leistungen in Wirtschaft und Wissenschaft, Forschung und Technologie, Kultur und Politik des Landes Nordrhein-Westfalen zu informieren. Ein weiterer neuer Schwerpunkt in Berlin werde sein, die dort residierenden Medienvertreter auf Nordrhein-Westfalen aufmerksam zu machen und über Ereignisse in Nordrhein-Westfalen zu informieren.

Das wahrscheinlich schwierigste Unterfangen werde sein, das Land auf dem ganz anderen Aufmerksamkeitsmarkt Berlin zu positionieren. Dazu habe man ein Veranstaltungskonzept geplant, das er kurz skizzieren wolle: Zunächst sei das unspektakuläre Tagesgeschäft mit Besuchergruppen und Sitzungen zu nennen; nach Erfahrungswerten anderer Landesvertretungen gehe man von 400 Besuchergruppen und 270 Sitzungen jährlich aus. Daneben werde es Veranstaltungsreihen geben, die sich mit politischen, kulturellen und wirtschaftlich-wissenschaftlichen Aspekten des Landes befassten. Im Blick habe man derzeit Veranstaltungsreihen unter den Titeln "Blickpunkt Nordrhein-Westfalen" mit aktuellen Informationen über das Land, "Europa-Forum" und "Politische Akzente", die als Rahmen für Auftritte und Reden von Politikern aus Nordrhein-Westfalen dienen sollten, und schließlich "Kultur NRW".

Derzeit werde überdies an einem Veranstaltungskonzept mit Ausstellungen gearbeitet, die im nächsten Jahr mit Partnern aus Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden sollten.

Das Jahr 2002 zeichne sich dadurch aus, dass man das erste Halbjahr noch als Mieter in der Landesvertretung Bremen zubringen werde. Das zweite Halbjahr werde im politischen Berlin durch den Bundestagswahlkampf geprägt sein, sodass sich die im zweiten Halbjahr durchzuführenden Veranstaltungen - abgesehen von der großen Eröffnungsfeier - diesem Rahmen anpassen müssten. Die großen Veranstaltungen seien demnach für die Zeit nach der Bundestagswahl geplant. Das drücke sich auch darin aus, dass man im Haushalt 2002 mit einem relativ bescheidenen Ansatz für Veranstaltungen vertreten sei.

Vorsitzender Edgar Moron hat in den Ausführungen seines Vorredners den Hinweis vermisst, dass es sich bei der Berliner Landesvertretung auch um ein Haus des Landtags Nordrhein-Westfalen und seiner Mitglieder handele.

Dorothee Danner (SPD) schließt sich den Ausführungen des Ausschussvorsitzenden an und legt dar, Herr Kindsmüller habe von einem bescheidenen Ansatz für Veranstaltungen geredet. Der Betrag dafür sei immerhin mit 370.000 Euro angegeben. Sie interessiere, wie denn dann der Ansatz des Jahres 2003 aussehen solle.

Diese Frage könne er noch nicht beantworten, entgegnet **AL Kindsmüller (MBEA)** und bittet zu berücksichtigen, dass man zunächst Erfahrungen sammeln müsse. Man gehe davon aus, dass der Ansatz für 2002 für eine große Eröffnungsfeier und einige kleinere Veranstaltungen auskömmlich sei, dass man aber im Jahre 2003 eine deutliche Anhebung benötige.

Werner Jostmeier (CDU) erinnert daran, dass das für den 25. September geplante Richtfest der Landesvertretung wegen der Terroranschläge in den USA abgesagt worden sei, und möchte wissen, ob das Richtfest nachgeholt werde.

Herr Adamowitsch habe in seinem einleitenden Vortrag auf Mehrkosten des Neubaus hingewiesen, dabei 3,5 Millionen plus 1,23 Millionen für Brennstoffzellen erwähnt und von Euro gesprochen. Nach seinen Informationen handele es sich aber um DM-Beträge.

CdS StS Adamowitsch antwortet, anstelle des Richtfestes sei keine andere Veranstaltung vorgesehen.

Er habe Mehrkosten durch Baukostensteigerungen in Höhe von 3,5 Millionen DM dargestellt. Bei den Mitteln aus Kapitel 14 Titel 799 00 gehe es um 2,66 Millionen Euro.

Vorsitzender Edgar Moron fügt an, bei Addition der Beträge befinde man sich demnach bei ungefähr 58 Millionen DM.

Dorothee Danner (SPD) spricht **Titel 517 01 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume - an** und führt aus, bei der in die neue Landesvertretung eingebauten innovativen Technologie erscheine ihr der Ansatz für Heizung in Höhe von 35.100 Euro realistisch. Sie interessiere, ob man über die Stromeinspeisung nicht auch noch Mittel zurückerhalte.

CdS StS Adamowitsch legt dar, wie sich die Kombination aus Photovoltaik, Glaseffekten, Brennstoffzellen und Erdkanal letztendlich auf die Energiekosten auswirken werde, bleibe abzuwarten.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) erscheint die Erhöhung der Baukosten recht hoch. Er erinnert daran, dass seinerzeit von den Architekten und Firmen Stein und Bein geschworen worden sei, dass man unter 50 Millionen DM bleibe. Deshalb bitte er um eine detaillierte Kostenaufstellung.

CdS StS Adamowitsch sagt zu.

Vorsitzender Edgar Moron fragt, ob die Gastronomie in der Landesvertretung an einen Pächter vergeben werde.

CdS StS Adamowitsch erläutert, die Bewirtung stelle man im Wesentlichen auf Dienstleister ab.

AL Kindsmüller (MBEA) ergänzt, die Landesvertretung habe einen Koch, der zurzeit sowohl für die Bremer als auch für die nordrhein-westfälische Landesvertretung koche. Ab Juni nächsten Jahres werde er nur noch in der Küche der neuen nordrhein-westfälischen Landesvertretung tätig sein. Man sei in der Lage, etwa 200 Personen gleichzeitig zu beköstigen, habe das fest angestellte Personal allerdings nicht auf diese Größenordnung, sondern auf den Normalbetrieb ausgerichtet und werde sich bei Bedarf mit zusätzlichem Personal behelfen, das man für die einzelnen Zwecke organisieren werde.

Vorsitzender Edgar Moron bittet darauf zu achten, dass in der Landesvertretung überwiegend Produkte aus Nordrhein-Westfalen angeboten würden.

Kapitel 02 110 - Vertretung des Landes bei der Europäischen Union

Zu **Titel 425 01 - Vergütungen der Angestellten** - möchte **Werner Jostmeier (CDU)** in Erfahrung bringen, ob es bisher keinen Hausmeister gegeben habe, sodass nun ein nach belgischem Recht bezahlter eingestellt werden müsse, der jährlich etwa 250.000 DM koste.

AL Kindsmüller (MBEA) stellt klar, der Hausmeister sei bisher unter den Nebenkosten für das Gebäude geführt worden und nunmehr im Titel "Vergütungen der Angestellten" eingereiht. Aus diesem Titel würden daneben fünf Fremdsprachenkorrespondentinnen und zwei sonstige Angestellte nach belgischem Recht finanziert.

Werner Jostmeier (CDU) interessiert, ob sich der Ansatz des Titels, in dem der Hausmeister bisher geführt worden sei, entsprechend verringere.

Ministerialrat Feldkötter (Staatskanzlei) erläutert, bisher sei der Hausmeister aus dem **Titel 518 01 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** - im Rahmen der Nebenkosten mit einem Betrag von 34.400 Euro abgerechnet worden. Dort finde sich eine Minderausgabe von 27.500 Euro. Die Differenz von 6.900 Euro entfalle auf Mieterhöhungen.

Kapitel 02 200 - Medien und Telekommunikation

Im Zusammenhang mit **Titel 546 00 - Geschäftsbesorgung durch die NRW Medien GmbH** - bittet **Marianne Thomann-Stahl (FDP)** um Auskunft, was im Geschäftsbesorgungsvertrag stehe.

CdS StS Adamowitsch führt aus, in dem Geschäftsbesorgungsvertrag sei definiert, welche Aufgaben die NRW Medien GmbH wahrzunehmen habe.

Dies wolle er an einem Beispiel deutlich machen: Bisher habe die Staatskanzlei das Medienforum NRW mit organisiert. Dies werde in Zukunft die NRW Medien GmbH erledigen.

Der Medien GmbH würden vier Aufgabenbereiche übertragen: 1. Förderung und Beteiligungen, 2. Marketing und Kommunikation, 3. Unternehmensservice sowie 4. Key Account Management. Entsprechend sei der Geschäftsbesorgungsvertrag ausgestaltet.

Man habe für den Medienausschuss eine ausführliche Vorlage erarbeitet, die er gern auch dem Hauptausschuss zur Verfügung stelle.

Kapitel 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung**Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Dr. Schulten trägt vor:**

Die Landeszentrale für politische Bildung, die seit der Neubildung der Landesregierung zum MASQT gehört, ist inzwischen in die Horionstraße umgezogen. Dadurch ist eine wirkliche Integration vorgenommen worden.

Der Hauptausschuss des Landtags hatte zum ersten Mal 1992 den Wunsch geäußert, die Landeszentrale möge enger mit dem Besucherdienst des Landtags zusammenarbeiten. Interessierte Besuchergruppen sollten auf Wunsch die Möglichkeit erhalten, auch fachspezifische Themen der Landespolitik in besonderen Veranstaltungen kennenzulernen. Diesem Wunsch kann die Landeszentrale jetzt nachkommen. Über entsprechende Planungen und Veranstaltungen sind alle Abgeordneten durch einen Brief im Sommer informiert worden. Mittlerweile ist die Nachfrage nach solchen Veranstaltungen, die in dem neuen Veranstaltungsraum der Landeszentrale im "Stadtter" durchgeführt werden, sehr rege.

Die Förderung des demokratischen Engagements im Lande, die der Grundauftrag politischer Bildung - unabhängig davon, welcher politischen Richtung man angehört - ist, stand nie im parteipolitischen Streit. Wenn diese Tradition fortgesetzt wird, werden alle demokratischen Kräfte und unsere Demokratie davon profitieren. Ich darf Ihnen mitteilen, dass Herr Minister Schartau gern bereit ist - wenn Sie das wünschen -, vielleicht nach Abschluss der Haushaltsberatungen im Hauptausschuss einen Bericht zur Situation der politischen Bildung im Lande zu geben und mit Ihnen darüber zu diskutieren.

Nun aber zum eigentlichen Thema, dem Haushalt der Landeszentrale im Jahre 2002: Laut Regierungsentwurf stehen der Landeszentrale im Haushaltsjahr 2002 Mittel in Höhe von 700.382.700 Euro zur Verfügung. Ich muss zunächst darauf hinweisen, dass die Mittel für Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen, ab dem Haushaltsjahr 2002 im Kapitel Weiterbildung - Kapitel 15 079 - etatisiert sind. Das sind die Mittel, die die Einrichtungen nach dem Weiterbildungsgesetz erhalten. Im Haushalt der Landeszentrale haben sie bisher nur einen durchlaufenden Posten dargestellt. Entscheidend ist, dass diese Mittel in Höhe von 13.544.600 Euro auf Vorjahreshöhe verbleiben.

Um diese Mittelverschiebung bereinigt wird der Haushalt der Landeszentrale überrollt - mit einer Ausnahme: Bei den Sachmitteln ist eine Erhöhung um 116.100 Euro vorgesehen. Dieser Betrag soll der Landeszentrale zusätzlich zur Verfügung stehen, um ihren Internetauftritt zu modernisieren. Wie in vielen anderen Bereichen wird auch in der politischen Bildung das Internet immer wichtiger. Die Modernisierung des Internetauftritts der Landeszentrale soll dazu beitragen, dass auch in diesem Bereich die Landeszentrale ein professionelles Angebot machen kann.

Von den 700.382.700 Euro sind 5.951.600 Euro für Zuweisungen und Zuschüsse, 1.431.100 Euro für Sachmittel vorgesehen.

Lassen Sie mich einige Details zu den Zuweisungen und Zuschüssen anfügen: 95 % dieser Mittel - genau: 5.685.600 Euro - konzentrieren sich auf die besondere Förderung der politischen Bildungsarbeit bei den politischen Stiftungen und bei den etwa 60 anerkannten Trägern

der politischen Bildung im Lande. 266.000 Euro stehen als Projektmittel zur Verfügung. Davon sind 92.100 Euro für die Unterstützung der politischen Bildung im Volkshochschulbereich über den Landesverband der Volkshochschulen sowie für spezielle Projekte der politischen Weiterbildung vorgesehen. 173.900 Euro dienen der Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und der deutschen Geschichte. Bei der Gedenkstättenarbeit werden seit zwei Jahren verstärkt solche Projekte gefördert, die auch den Förderkriterien des Bundes entsprechen. Das hat zur Folge, dass - weil sich der Bund an diesen Projekten zu 50 % beteiligt - mehr zusätzliche Mittel nach Nordrhein-Westfalen fließen können.

An Sachmitteln stehen der Landeszentrale im kommenden Jahr nach dem Regierungsentwurf 1.431.100 Euro zur Verfügung. 29.700 Euro werden für den Gustav-Heinemann-Preis für Kinder- und Jugendbücher benötigt, 6.600 für die Teilnahme von nordrhein-westfälischen Bürgerinnen und Bürgern an Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung. Mit den übrigen Sachmitteln - das sind 1.394.800 Euro - muss die Landeszentrale ihre gesamten anderen Aufgaben bestreiten, also Bereitstellung von Publikationen und audiovisuellen Medien, Internetarbeit sowie Tagungen und Kongresse zu zentralen Themen der politischen Bildung.

Der Konsolidierungskurs, der auch im Haushalt 2002 fortgesetzt wird, wird von der gesamten Landesregierung unterstützt. Daraus folgt, dass jedes Ressort innerhalb seiner Möglichkeiten an der Umsetzung dieses Kurses mitwirkt. Gleichzeitig hat die Landesregierung mit dem vorliegenden Haushalt die Bedeutung von Bildung für Nordrhein-Westfalen deutlich zum Ausdruck gebracht - schwerpunktmäßig durch die enormen zusätzlichen Anstrengungen im Schulbereich, aber dies zeigt sich auch in den Bereichen der allgemeinen Weiterbildung, deren Mittel nun zusammengefasst und de facto überrollt wurden. Gleiches gilt für den Sektor der politischen Bildung. Damit leistet die Landesregierung insgesamt einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und für den Standort Nordrhein-Westfalen.

Es ist das Ziel der Landesregierung, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen die Chance bekommen, sich an einem Prozess des lebenslangen Lernens zu beteiligen. Auch dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des staatsbürgerlichen Bewusstseins und der Demokratie in Nordrhein-Westfalen.

Werner Jostmeier (CDU) führt aus, nach seinen Informationen habe der Hauptausschuss am 21. Mai 1992 beschlossen, hinsichtlich der Einbeziehung der Landeszentrale für politische Bildung bei der Betreuung von Besuchergruppen im Landtag ein Konzept erstellen zu lassen und danach eine Entscheidung zu treffen, ob er diesem Konzept folgen wolle. Dass diese Entscheidung dann auch getroffen worden sei, sei ihm nicht bekannt.

Herr Dr. Schulten habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Landeszentrale für politische Bildung nicht im parteipolitischen Streit stehen dürfe. Die Landeszentrale sei am 11. September Thema im Ausschuss für Haushaltskontrolle gewesen. Dort seien zum Teil Fragen, die er in einem Brief vom 29. August an die Landeszentrale formuliert habe, angesprochen worden. Er gehe davon aus, dass sein Brief in den nächsten Tagen beantwortet werde.

Im Mai sei den Abgeordneten des Landtags ein Papier zugegangen, in dem die Landeszentrale mitteile, dass sie den Besucherdienst des Landtags entlasten wolle, was er, Jostmeier, in der

Sache für gut halte. In der erwähnten Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle sei dies bestätigt und ausgeführt worden, dass die Vorträge von Referentinnen und Referenten aus den Landesministerien gehalten würden. Ihn interessiere, ob das zulässig sei, wie diese vergütet würden und ob es zutreffe, dass Abgeordnetenkollegen in Begleitung von Besuchergruppen, die die Veranstaltungen hätten besuchen wollen, gesagt worden sei, sie könnten getrost nach Hause gehen und die Besucherinnen und Besucher vertrauensvoll in die Hände der Landeszentrale für politische Bildung geben, dort werde das Weitere vollzogen. Sollte dies zutreffen, wolle er hinter dem Postulat, die Landeszentrale für politische Bildung dürfe nicht im Parteienstreit stehen, ein dickes Ausrufezeichen, verbunden mit einem Fragezeichen, setzen.

Die Homepage sei so gestaltet, als sei die Landeszentrale für politische Bildung organisatorisch integraler Bestandteil des Ministeriums von Herrn Schartau. Die Farben Rot und Grün seien vorherrschend und ließen die Frage aufkommen, ob sich die Landeszentrale tatsächlich der parteipolitischen Neutralität verpflichtet fühle oder ob sie sich nicht eher als Teil der Landesregierung fühle.

Um Auskunft bitte er auch, ob es zutreffe, dass es zwar einen Link zur Friedrich-Ebert-Stiftung gebe, die Naumann-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung aber nicht erwähnt würden.

CdS StS Adamowitsch weist darauf hin, dass die Landesfarben Grün-Weiß-Rot seien. Er vermute, dass sich die Landeszentrale hinsichtlich ihrer farblichen Darstellung an den Farben der Landesflagge orientiere.

Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Dr. Schulten stellt klar, die Farben, die seit einigen Jahren im Internetauftritt der Landeszentrale verwendet würden, seien nicht als einseitige parteipolitische Ausrichtung zu verstehen. Sie hätten manchmal mit den Firmen zu tun, mit denen man zusammenarbeite. Im Augenblick werde an einem neuen Internetauftritt gearbeitet. Er werde sich an die kritischen Anmerkungen von Herrn Jostmeier erinnern, wenn es dabei um die Farben gehe.

Die Landeszentrale für politische Bildung bestehe seit 1946, und bis heute habe nach seiner Einschätzung niemand Grund gehabt anzunehmen, sie vertrete nur eine politische Richtung. Man habe deshalb auch nicht nur einen Link zur Friedrich-Ebert-Stiftung. Für die Bundeszentrale und alle Landeszentralen gebe es deutschlandweit einen gemeinsam finanzierten Internetauftritt "www.politische-bildung.de", in dem u. a. alle politischen Stiftungen enthalten seien.

Er sei erst seit gut einem Jahr Leiter der Landeszentrale für politische Bildung und habe die Akten übernommen, die die Diskussion im Hauptausschuss 1992 dokumentierten. Darin habe er den Wunsch festgestellt - den man durch den Veranstaltungsraum im "Stadttor" realisieren könne -, enger mit dem Besucherdienst des Landtags zusammenzuarbeiten, weil einzelne Gruppen aus den Wahlkreisen über das vom Landtag gebotene Programm hinaus um vertiefende Informationen zu bestimmten politischen Themen bäten. Nachdem man im Sommer die Mitteilung herausgegeben habe, seien bis September 25 Anfragen eingegangen, die sich auf alle Fraktionen des Landtags verteilten. Im September sei das Angebot angelaufen. Die Erfahrungen, die man bisher gemacht habe, seien sehr positiv.

Der von Herrn Jostmeier geschilderte Fall sei ihm nicht bekannt. Die Landeszentrale würde es im Gegenteil begrüßen, wenn die Abgeordneten ihre Besuchergruppen begleiteten und mit diskutierten. Er werde aber nachfragen, ob es einen entsprechenden Fall gegeben habe. Er könne sich allenfalls vorstellen, dass ein entsprechendes Angebot als Entlastung gemeint gewesen sei.

Die Antwort auf den Brief von Herrn Jostmeier sei in Arbeit.

Die Referenten, die man anwerbe, seien in der Tat Landesbedienstete aus den Ministerien und den nachgeordneten Behörden, aber auch Angehörige von Einrichtungen der politischen Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen. Sie erhielten kein Honorar. Man gehe davon aus, dass sie diese Arbeit während ihrer Dienstzeit erledigten. Die Erfahrungen zeigten bisher, dass dies problemlos möglich sei.

Vorsitzender Edgar Moron stellt fest, damit habe man die erste Runde der Haushaltsberatungen im Hauptausschuss durchgeführt. Die Beratungen würden in der nächsten Sitzung fortgesetzt. Die abschließende Beratung und Abstimmung sei für die Sitzung am 29. November vorgesehen.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1520

Jürgen W. Möllemann (FDP) stellt fest, er habe Kenntnis davon erhalten, dass der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstruktureform eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf plane, und meint, man sollte vor einer Entscheidung im Hauptausschuss diese Anhörung abwarten.

Dorothee Danner (SPD) äußert, der Gesetzentwurf berge die Schwierigkeit, dass er eine Öffnung von Videotheken am Sonntag ohne Zeitbegrenzung beinhalte. Das wollten selbst die Videothekenbetreiber nicht, mit denen ihre Fraktion inzwischen Gespräche geführt habe. Vielmehr schwebte den Betreibern eine Öffnungszeit von wenigen Stunden ab 13 Uhr vor. Diesem Gedanken könnte man sich nähern, obwohl man sicherlich auch einen anderen Standpunkt vertreten könne.

Sie schlage vor, dass der Hauptausschuss, der den Gesetzentwurf federführend zu beraten habe, für eine der nächsten Sitzungen ein Expertengespräch vorsehe und keine Anhörung durchführe.